



Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D., Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

VIER FRAGEN AN MARCEL FRATZSCHER

»Zwischen der DDR im Jahr 1990 und Griechenland heute gibt es viele interessante Parallelen«

1. Herr Fratzscher, vor 25 Jahren, am 1. Juli 1990, trat die deutsche Währungsunion in Kraft. Am gleichen Tag wurde mit der Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen in Europa die Grundlage für die europäische Währungsunion und den Euro geschaffen. Welche Lehren können wir aus der deutschen Währungsunion für Europa ziehen? 1990 kam viel Kritik daran auf, dass man eine Währungsunion so schnell vollzogen hat. Im Nachhinein denke ich, war das richtig, denn letztlich war die gemeinsame D-Mark für die Integration Ostdeutschlands eine ganz wichtige Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Industrien und die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Das ist eine der wichtigen Lehren, dass eine gemeinsame Währung einen wichtigen Impetus für stärkere Integration geben kann. Zweitens war es wichtig, diesen Integrationsprozess schnell zu vollziehen. Auch heute fragen wir uns in Europa, ob man wichtige Reformen eher über viele Jahre hinweg oder sehr schnell umsetzen soll. In Ostdeutschland hatte die schnelle Umsetzung Erfolg. Dort hat man in den ersten zehn Jahren stark aufgeholt und ist schnell bis auf 82 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens von Westdeutschland gekommen. Die dritte Lehre ist, dass es in einer Währungsunion immer regionale Unterschiede geben wird. In Europa gibt es große Unterschiede zwischen einzelnen Ländern. Doch trotz einer gemeinsamen starken Währung hatten wir in den 90er Jahren auch in Deutschland riesige Unterschiede, nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern auch zwischen Nord- und Süddeutschland.
2. War oder ist der Euro der Schrittmacher der europäischen Integration? Der Euro kommt zum Teil aus dem Integrationsprozess. Der begann in Europa in den 50er Jahren und war sehr langsam, aber der Euro hat den Prozess der Integration deutlich beschleunigt. Wir haben in Europa jetzt eine Bankenunion und eine gemeinsame Aufsicht von großen Banken. Das wäre ohne den Euro nicht so schnell gekommen. Die Bankenunion hat große Vorteile gebracht, wie auch in andere Maßnahmen, zum Beispiel die Harmonisierung von Industriestandards. Der Euro hat vielen Ländern und gerade Deutschland viele Vorteile gebracht. Deshalb ist die Antwort sowohl als
- auch. Eine gemeinsame Währung kann natürlich nicht am Anfang jeglicher Integration stehen, aber sie kann noch einmal einen Impuls geben und ganz wichtige wirtschaftliche Vorteile schaffen.
3. Die DDR war damals wirtschaftlich nicht überlebensfähig. Kann man da Parallelen zu Griechenland ziehen? Es gibt eine Reihe interessanter Parallelen zwischen der DDR 1990 und Griechenland heute. Diese zwei Länder haben oder hatten keine Institutionen, die funktionierten. Zudem hatten sie keine Wirtschaftsstruktur, die langfristig überlebensfähig war. Interessanterweise gibt es auch die Parallele, dass damals die Politik den Bürgern riesige Versprechungen gemacht hat, die nicht eingehalten werden konnten. Von blühenden Landschaften war damals die Rede. In Ostdeutschland hat es doch deutlich länger gedauert, als das damals versprochen wurde. Das Gleiche tut die griechische Regierung heute. Sie hat das Blaue vom Himmel versprochen, was natürlich nicht einzuhalten ist.
4. Was muss Europa tun, um die Währungsunion zu stabilisieren? Europa braucht keine politische Union, aber wir brauchen Reformen in mehreren Bereichen: erstens die Vollendung der Bankenunion, das heißt gemeinsame Aufsicht und Regulierung von Banken. Da haben wir noch ein kleines Stück vor uns. Zweitens brauchen wir eine Kapitalmarktunion, damit zum Beispiel deutsche Banken Kredite ins Ausland vergeben können oder deutsche Unternehmen auch Kredite aus dem Ausland aufnehmen können. Drittens: Auch bei der Strukturpolitik brauchen wir eine Angleichung, in dem Sinne, dass wir sicherstellen müssen, dass alle Länder eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit haben. Und viertens brauchen wir die Fiskalunion, also gemeinsame bindende Regeln, damit sich alle auch bei der Ausgabenpolitik so verhalten, dass sie keine negativen Effekte auf ihre Nachbarn verursachen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill
Dr. Vanessa von Schlippenbach

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Ferdinand Fichtner
Dr. Philipp König
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Dr. Katharina Pijnenburg

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier